

NACHRICHTEN

Dänisches Euro-Referendum völlig offen



KOPENHAGEN: Einen Tag vor dem Referendum über die Einführung des Euro in Dänemark haben am Mittwoch die Gegner der europäischen Gemeinschaftswährung in Umfragen vorn gelegen, jedoch nur sehr knapp. Daher blieb der Ausgang völlig offen. Die grosse Mehrheit der am Mittwoch veröffentlichten Umfragen zeigte die Gegner mit einem Anteil von 44 bis 50 Prozent der Stimmen.

Weniger Arme in den USA

WASHINGTON: Die Zahl der Armen in den USA ist auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gefallen. Gleichzeitig stieg das Durchschnittseinkommen der amerikanischen Haushalte erstmals in der Geschichte über 40 000 Dollar (zurzeit knapp 70 000 Franken). Wie Medien am Mittwoch unter Berufung auf den jüngsten Bericht des Statistischen Bundesamts in Washington meldeten, fiel die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, von 12,7 Prozent im Jahr 1998 auf 11,8 Prozent. Dies bedeute einen Rückgang von 34,5 Millionen auf 32,3 Millionen Menschen. Die Schwelle für eine Einstufung als arm liegt in den USA bei einem Jahreseinkommen von etwa 17 000 Dollar für eine vierköpfige Familie.

REKLAME

Swissca
 Repräsentant: Hypo Investment Bank AG,
 Landstr. 104, 8480 Vaduz, Tel. +423/265 56 56

Tageskurse per 27.09.2000

Fondsname/Währung	Inventarwert (netto)
Swissca Value CHF	322.55
Swissca Portfolio Fund Income CHF	115.42
Swissca Portfolio Fund Yield CHF	144.16
Swissca Portfolio Fund Balanced CHF	176.91
Swissca Portfolio Fund Growth CHF	225.38
Swissca Portfolio Fund Equity CHF	305.84
Swissca Portfolio Fund Mixed (Euro) EUR	109.59
Swissca MM Fund AUD	1370.96
Swissca MM Fund USD	1538.36
Swissca MM Fund GBP	1829.16
Swissca MM Fund EUR	1664.58
Swissca MM Fund CHF	1341.92
Swissca MM Fund CAD	1469.41
Swissca MM Fund JPY	10788.00
Swissca Bond Invest CHF	1024.24
Swissca Bond Invest USD	1018.51
Swissca Bond Invest EUR	1219.32
Swissca Bond Invest GBP	1233.77
Swissca Bond Invest AUD	1162.25
Swissca Bond Invest CAD	1153.55
Swissca Bond Invest JPY	113287.00
Swissca Bond Sfr. CHF	93.80
Swissca Bond International CHF	102.00
Swissca Bond Invest International CHF	106.85
Swissca Bond Invest Medium Term CHF	96.78
Swissca Bond Invest Medium Term USD	103.92
Swissca Bond Invest Medium Term EUR	98.26
Swissca Asia CHF	118.75
Swissca Europe CHF	305.45
Swissca North America USD	264.05
Swissca Austria EUR	78.70
Swissca Emerging Markets Fund CHF	122.97
Swissca France EUR	52.45
Swissca Germany EUR	185.20
Swissca Great Britain GBP	242.00
Swissca Italy EUR	140.15
Swissca Japan CHF	123.65
Swissca Netherlands EUR	74.75
Swissca Small and Mid Caps CHF	302.10
Swissca Switzerland CHF	324.30
Swissca Tiger CHF	83.35
Swissca Lux Fund Sector Communication EUR	411.12
Swissca Lux Fund Sector Energy EUR	594.99
Swissca Lux Fund Sector Finance EUR	591.86
Swissca Lux Fund Sector Health EUR	639.38
Swissca Lux Fund Sector Leisure EUR	559.87
Swissca Lux Fund Sector Technology EUR	573.17
Swissca Gold CHF	453.00
Swissca Green Invest CHF	155.50
Swissca Ica CHF	291.00
Swissca Lux Fund Floor Switzerland CHF	952.96

Jugoslawien sitzt auf einem Pulverfass

Demonstrationsverbot für Kundgebungsplatz in Belgrad verhängt

BELGRAD: Die Kraftprobe zwischen der jugoslawischen Regierung und der Opposition hat sich gestern weiter zugespitzt: Wenige Stunden vor der Grossdemonstration der Opposition in Belgrad forderte die Polizei den Abbau der Bühne auf dem geplanten Kundgebungsplatz.

Ein Oppositionssprecher kündigte an, die Demonstration werde aber in jedem Fall stattfinden. Auch in der drittgrössten serbischen Stadt Nis war eine Kundgebung der Opposition für die Anerkennung ihres Wahlsiegs geplant. Unterstützung erhielt der Kandidat Vojislav Kostunica auch aus dem Ausland.

Die Kundgebung störe die Arbeit der in einem benachbarten Gebäude untergebrachten amtlichen Wahlkommission, begründete die Polizei das Demonstrationsverbot für den Kundgebungsort. Oppositionssprecher Cedomir Jovanovic erklärte, die Regierung von Präsident Slobodan Milosevic wolle die Spannungen in der Hauptstadt schüren. Die Kundgebung war am Mittwoch um 20.00 Uhr geplant. Kostunicas



Der Entscheid sei gefallen, meint die Opposition in Belgrad und lehnt die Stichwahl ab.

Anhänger verteilten vorher in der Innenstadt 10 000 Rasseln und riefen die Passanten auf, an der Demonstration teilzunehmen.

Kostunica lehnt die von der Wahlkommission angekündigte Stichwahl gegen Milosevic ab.

Er warf der Regierung Wahlfälschung vor. Laut dem Ergebnis der Wahlkommission erhielt Kostunica am Sonntag 48,22 Prozent, rund acht Prozentpunkte mehr als Milosevic. Die Opposition ging dagegen nach Auszählung der meisten Stim-

men am Mittwoch von einer absoluten Mehrheit für Kostunica aus: Demnach erhielt er 52,54 Prozent, auf Milosevic entfielen lediglich 32,01 Prozent. Für eine Direktwahl im ersten Wahlgang sind 50 Prozent erforderlich. Unterdessen

versuchte eine Delegation der Opposition, Zutritt zu den Büros der Wahlkommission zu erhalten, um deren Ergebnisse zu prüfen. Das Wachpersonal liess jedoch nur ein Mitglied kurz eintreten. Nach dem Verlassen des Gebäudes sagte Nebojsa Bakarac, er könne die Stimmen nicht allein kontrollieren. Er forderte die Kommission auf, das wirkliche Ergebnis bekannt zu geben.

Ein ranghohes Mitglied von Milosevics Sozialistischer Partei forderte eine friedliche Lösung der Krise. Der stellvertretende montenegrinische Parteivorsitzende Pedrag Bulatovic sagte der Nachrichtenagentur AP, ein Konflikt würde weder Montenegro noch Serbien nützen. «Ich hoffe, Serbien ist weise genug, aus der Krise gestärkt hervorzugehen; unabhängig davon, wer gewinnt oder verliert», sagte er.

Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte, die Niederlage von Milosevic stehe ausser Zweifel. Er erklärte laut Redetext vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg, die Bevölkerung habe sich für einen demokratischen Wandel entschieden. EU-Kommissionspräsident Prodi gratulierte Kostunica zum Wahlsieg.

Einheit als Verpflichtung

Rede Kohls vor Kongress der Adenauer-Stiftung

BERLIN: Altbundeskanzler Helmut Kohl hat die staatliche Einheit Deutschlands als Verpflichtung bezeichnet, die europäische Einigung aktiv voranzutreiben.

Auf einer Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin sagte Kohl am Mittwoch, ohne die Politik der europäischen Integration gäbe es keine deutsche Einheit und keine friedliche Zukunft für Deutschland in Europa. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und der frühere SPD-Chef Hans-Jochen Vogel forderten unterdessen ein Ende des Parteienstreits über die Verdienste um die deutsche Einheit.

Kohl dankte besonders den Menschen in der DDR, deren Mut und deren Proteste zu den allerbesten Kapiteln der deutschen Geschichte zählten. Zugleich würdigte er die Verdienste ausländischer Wegbereiter der Vereinigung und nannte dabei vor allem die damaligen Präsidenten der Sowjetunion und der USA, Michail Gorbatschow und George Bush. Den 9. November 1989 und den 3. Oktober 1990 zählte er zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte des deutschen Volkes.

Zuvor hatte sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel erfreut über ihren gemeinsamen Auftritt mit Kohl bei der Veranstaltung geäussert. Den letzten gemeinsamen Auftritt habe es am 30. Mai 1999 in Köln gegeben. Dazwischen lagen schwere Monate. Sie seien «in einigen Punkten wohl auch nach wie vor unterschiedlicher Auffassung», sagte Merkel, ohne die

Parteispendenaffäre zu nennen. Entscheidend sei aber ein sie beide verbindender Gedanke: Die CDU sei die Partei der deutschen Einheit und der europäischen Einigung.

Vogel wehrte sich bei einer Feier zum zehnten Jubiläum der Wiedervereinigung der SPD in West und Ost gegen den Vorwurf, kein massgeblicher Sozialdemokrat habe die deutsche Einheit wirklich gewollt. Kohl hatte «weiten Teilen der politischen Linken» vorgeworfen, sie hätten das Verfassungsziel der Vollendung der Einheit und

Freiheit Deutschlands «bereits längst aufgegeben, manche verraten» gehabt.

Thierse kritisierte, dass CDU die Verdienste nur einer Partei und zwar sich selbst zuschreibe. Er sagte, dies «widerspricht den geschichtlichen Fakten und ist grob ungerecht». Vogel nannte den zänkischen Austausch von Zitaten aus der Zeit vor der Einheit «peinlich». Immer mehr Ostdeutsche fühlen sich nach einer Umfrage in der Bundesrepublik heimisch und blicken optimistisch in die Zukunft.



Der deutsche Altkanzler Helmut Kohl an der Seite der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel.

Streitkräfte werden reduziert

MOSKAU: Die russischen Streitkräfte sollen in den nächsten fünf Jahren personnel um knapp ein Fünftel reduziert werden.

Dies verlautete am Mittwoch nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates unter Vorsitz von Präsident Wladimir Putin. Der Personalabbau gelte sowohl für Truppenteile als auch für die Zivilverwaltung, berichtete die Agentur Interfax unter Berufung auf einen «kompetenten Angehörigen» des Sicherheitsrates. Gegenwärtig gehören in Russland rund zwei Millionen Mann zu bewaffneten Formationen sowie rund eine Million Verwaltungsangehörige. Putin ver-

deutlichte, dass Russland gegenwärtig über 35 Prozent seines Staatshaushalts für die Landesverteidigung aufbringe. «Das ist sehr viel, das ist zu viel», sagte Putin. «Wir verbrauchen gewaltige Mittel für die militärischen Strukturen und wir dürfen nicht zulassen, dass das Militärbudget zerstückelt wird und versickert», begründete er die angestrebte personelle Straffung der Streitkräfte. «Unsere Armee muss mobil, effektiv, flexibel und einsatzbereit sein.» Bereits Anfang dieses Monats hatte Verteidigungsminister Igor Sergejew die Reduzierung der Personalstärke der russischen Armee um etwa ein Drittel angekündigt.

Bergung der toten Kursk-Seeleute

MOSKAU: Russland will die 118 toten Seeleute an Bord des U-Bootes «Kursk» mit Hilfe eines norwegischen Unternehmens bergen.

Der stellvertretende Ministerpräsident Ilja Klebanow, der die Bergung leitet, sagte im russischen Parlament, Russland werde voraussichtlich am Samstag den Vertrag mit einem norwegischen Unternehmen unterzeichnen. Die Arbeit solle vor dem 10. Oktober beginnen und möglicherweise schon im November abgeschlossen sein.

Den Namen des Unternehmens wurde nicht genannt. Es handele sich aber nicht um

Stolt Offshore. Mit diesem Unternehmen war in der vergangenen Woche ein Vertragsabschluss aus finanziellen Gründen gescheitert. Stolt Offshore verlangte laut der Tageszeitung «Kommersant» zwölf Mio. Dollar für die Beteiligung an dem Unterfangen. Russland wollte dem Bericht zufolge nur neun Millionen Dollar zahlen. Russland ist auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen, da russischen Tauchern die Ausbildung und die Ausrüstung für die Bergung fehlt. Das U-Boot war am 12. August während eines Flottenmanövers in der Barentssee gesunken.